

Öffentliche Ausschreibung

für den Aufbau von vier regionalen Servicestellen des

**Bundeselternnetzwerks der Migrantenorganisationen für
Bildung & Teilhabe (bbt)**

06. Juni 2019



1. Auftraggeber

INBAS-Sozialforschung GmbH

Nonnenpfad 14

60599 Frankfurt am Main

Ansprechperson

Susanne Huth

Tel.: 069 680 98 90 12

E-mail: susanne.huth@inbas-sozialforschung.de

Das Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) dient der bundesweiten Vernetzung migrantischer Elternvereine und -initiativen untereinander sowie mit anderen Akteuren im Bildungsbereich, um ihre Kompetenzen und Potenziale systematisch zu bündeln, Synergien herzustellen und Bildungsgerechtigkeit zu fördern.

bbt versteht sich als Sprachrohr und Interessenvertretung der Eltern. Es zielt darauf ab, Barrieren der Elternbeteiligung im Bildungssystem abzubauen und setzt sich für mehr Bildungsgerechtigkeit ein. Als Bindeglied zwischen Eltern und Politik sorgt es dafür, identifizierte Diskriminierung, Rassismus und Benachteiligung im Bildungssystem auf die Agenda zu setzen und zu deren Beseitigung beizutragen.

Das Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) wird für zwei Jahre (Juli 2018 bis Juni 2020) im Rahmen eines Projektes vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) kofinanziert und vom Bundesministerium des Innern (BMI) gefördert. Projektträger ist INBAS-Sozialforschung GmbH.

Nähere Informationen: www.bundeselternnetzwerk.de

2. Vergabeart

Öffentliche Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb (§9 UVgO)



3. Angebotsform

Das Angebot ist in schriftlicher Form per E-Mail einzureichen.

4. Kurzvorstellung des Projekts

Ziel des Projekts ist die Weiterentwicklung des Bundeselternnetzwerkes der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) durch den Aufbau von vier regionalen Servicestellen und die Entwicklung von regionalen Strukturen.

Die regionalen Servicestellen sollen als Bindeglied zwischen der kürzlich installierten bbt Bundesgeschäftsstelle und der regionalen Ebene dienen. Der Aufbau der regionalen Servicestellen kann sowohl von einzelnen Organisationen als auch in Kooperationen übernommen werden. Im Rahmen dieser öffentlichen Ausschreibung werden vier regionale Servicestellen vergeben.

Das Aufgabenspektrum der regionalen Servicestelle umfasst folgende Tätigkeiten:

- lokalen Elternvereinen und Initiativen Informationen und Materialien zur Verfügung stellen,
- ihnen Beratung, Unterstützung und Qualifizierung anbieten,
- den Aufbau von lokalen Elternvereinen und Initiativen fördern,
- lokalen und regionalen Austausch und Vernetzung initiieren, unterstützen und stärken,
- die Anliegen und Bedarfe von lokalen Elternvereinen und Initiativen gegenüber kommunalen und Landesbehörden vertreten sowie
- regionale und Community-spezifische Anliegen und Bedarfe von Elternvereinen und Initiativen identifizieren und an die bbt Bundesgeschäftsstelle weiterleiten, sodass diese in die bundesweite, Community-übergreifende Gesamtstrategie von bbt einfließen können.

5. Aufgabenspektrum

Die Tätigkeiten zum Aufbau regionaler Servicestellen umfassen folgende Leistungen:

- Einwerbung / Verhandlung über Finanzmittel für den nachhaltigen Betrieb
- Suche und Festlegung von Räumlichkeiten (sofern nicht schon vorhanden)
- Suche und Einstellung von Personal (sofern nicht schon vorhanden)
- Zeit- und Aufgabenplanung für den nachhaltigen Betrieb der regionalen Servicestelle

6. Aufteilung in Lose

Der Auftrag ist in vier Lose aufgeteilt. Jedes Los umfasst den Aufbau einer regionalen Servicestelle jeweils in Norddeutschland, Ostdeutschland, Süddeutschland und Westdeutschland. Das Angebot kann den Aufbau aller vier oder auch nur einzelner Servicestellen umfassen.



7. Budget

Der Auftrag bewegt sich unterhalb des EU-Schwellenwertes.

8. Leistungszeitraum

15. Juli 2019 bis 31. Mai 2020

9. Teilnahmebedingungen / Anforderungen an das Angebot

Es wird erwartet, dass die Auftragnehmer/innen folgende Erfahrungen mitbringen:

- Erfahrung im Bereich Elternbeteiligung und -aktivierung,
- Erfahrung in der Beratung, Unterstützung und Qualifizierung von Migrantenvereinen und Initiativen
- Erfahrung in der Vernetzung von Migrantenvereinen und Initiativen

Das schriftliche Angebot muss Folgendes enthalten:

1. Kurzkonzept (max. 5 Seiten) mit Erläuterung, an welchem Standort Sie eine bzw. mehrere regionale Servicestelle(n) aufbauen wollen und welchen regionalen Einzugsbereich die Servicestelle(n) haben soll(en). Neben den Informationen zu Standort(en) und Einzugsbereich stellen Sie bitte die am (an den) Standort(en) vorhandenen Ressourcen kurz dar:

- zur Verfügung stehendes Personal
- vorhandene Räumlichkeiten
- bestehende (Landes-)Förderung und zur Verfügung stehende finanzielle Mittel
- bestehende Projekte und Strukturen
- Vernetzung und Kooperationsstrukturen

Da der Auftrag lediglich den Aufbau der regionalen Servicestellen umfasst, erläutern Sie zudem, wie Sie über den Aufbau hinaus die nachhaltige Finanzierung sichern wollen.

2. Kostenaufstellung

3. Eigendarstellung zu den o.g. Erfahrungskriterien

4. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin, siehe hier: https://www.evergabe-online.info/e-Vergabe/DE/5%20Ser-vice/EEE/node_EEE.html (kann im Falle der Auftragsvergabe nachgereicht werden).

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

10. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag erfolgt an das bzw. die Angebote, welche die unter Punkt 7. aufgeführten Kriterien bestmöglich erfüllen:

- Preisangebot (60%)



- Konzeptionelle Stärke: Vollständigkeit, Antizipation der Aufgabe, Erfahrungen, Aussagekraft des Gesamtkonzepts (40%).

Bei der Leistungsbeurteilung gelten die rechtlichen Grundlagen von der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL), Teil B Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) und die Unterschwellenvergabeordnung (UvGo) als rechtliche Grundlagen.

Eine Zuschlagserteilung erfolgt nach Prüfung der eingegangenen Unterlagen vsl. in den Kalenderwoche 27.

11. Angebots- und Bindefrist

Bitte schicken Sie Ihr Angebot bis zum 24. Juni 2019, 16 Uhr per E-Mail an Susanne Huth (susanne.huth@inbas-sozialforschung.de). Bis dahin können eingereichte Angebote geändert oder zurückgezogen werden. Die Bindefrist beträgt 4 Wochen ab Schlusstermin für den Eingang der Angebote (22. Juli 2019).

Für Rückfragen zum Verfahren stehen wir Ihnen gerne telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung.